Bezugspreis:
Halbmonatlich 1.9 Neuenbürg 76 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen Inland. Verkehr 75 Goldpfennig m. Postbestellgebühr.
Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile ob. deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfennig mit Zus.-Steuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 2 Mk. die Reklame-Zeile 50 Goldpfennig.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 83. | Neuenbürg, Montag, den 7. April 1924. | 82. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 5. April. Die württ. Landwirtschaftskammer wird am 14. und 15. April ihre 10. Hauptversammlung im Sitzungssaal der früheren Ersten Kammer abhalten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Wirtschaftskrisis in der Landwirtschaft, Geld- und Kreditnot, Schutzzoll- und Steuerfragen.

Rottenburg, 5. April. In einer Wahlkreisversammlung der Zentrumspartei für die Bezirke Horb, Rottenburg, Herrenberg, Reutlingen, Münsingen, Urach wurde Gutspächter Hermann-Hohenmühringen als Spitzenkandidat aufgestellt. An die zweite Stelle kam der bisherige Abgeordnete Minister Bolz, der Spitzenkandidat auf der Landesliste ist, an die dritte Stelle Landwirt Waidemann-Tigerfeld. Minister Bolz hatte selbst gewünscht, daß ein Landwirt Spitzenkandidat werde.

Karlsruhe, 5. April. Zum Fall Bergdoll wird in der Presse die Nachricht verbreitet, der badische Justizminister habe Pressevertretern gegenüber erklärt, daß es ihm angenehm wäre, wenn der aus dem Verfahren gegen Griffith und Genossen wegen Amtsanmaßung usw. bekannte Grover Bergdoll Deutschland verlassen werde, um einen dritten Ueberfall vorzubeugen. Hierzu teilt der Justizminister mit, daß er in der Sache Griffith-Bergdoll mit amerikanischen Pressevertretern überhaupt nicht gesprochen habe. Die umlaufenden Gerüchte entbehren demnach, soweit sie das badische Justizministerium betreffen, jeder Begründung.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 5. April. Im Landtag wurde heute zunächst die Aussprache über die sozialdemokratische Anfrage betreffend den Schulabbau beendigt. Ein Antrag Heymann, der die Erhöhung der Klassenschülerzahl mißbilligt, wurde an den Schulausschuß verwiesen. Großes Interesse fand die Debatte über diese Schulfragen im Hause nicht, denn die zweite Lesung des Zentrumsantrages betreffend Hinausschiebung des Vollzugs der Verordnung über die Aufteilung der sieben Oberämter und des Landgerichts Hall warf ihre Schatten voraus und fand ihren Ausdruck durch große Unruhe im Hause. Die Abgeordneten standen in erregt sprechenden Gruppen beisammen. Eingeleitet wurde die 2. Lesung des Zentrumsantrags durch eine Erklärung des Staatspräsidenten Dr. Hieber, der keinen Zweifel darüber ließ, daß er bei Annahme des Zentrumsantrags, der einer Aufhebung der Verordnung gleichkommen werde, zurücktreten werde. Die Abgg. Bock (Ztr.) und Bickes (DN.) bezeichneten, daß durch den Antrag der Regierung kein Mißtrauensvotum ausgesprochen werden solle. Dann wurde der Antrag mit 51 Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gegen 39 Stimmen der Demokratie und der Sozialdemokraten angenommen. Für den Antrag stimmten die Rechte, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei, Minister Bolz stimmte nicht ab, der Abg. Egelhaaf von der Deutschen Volkspartei und die Kommunisten fehlten bei der Abstimmung, ebenso Präsident Walter, obwohl er sich kurz zuvor durch den Vizepräsidenten Dr. Roth hatte ablösen lassen. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses erhob sich unter lautloser Stille Staatspräsident Dr. Hieber, er erkläre, er zeige, zugleich für den Finanzminister Schall, den Rücktritt aus der Regierung an. Minister des Innern Bolz sagte darauf, er schließe sich dieser Erklärung des Staatspräsidenten zugleich namens des Justizministers Beyerle an. Der Antrag des Zentrums sei ihm zwar erträglich erschienen und sei für ihn an und für sich kein Grund zum Rücktritt gewesen, doch folge er jetzt dem Beispiel des Staatspräsidenten lediglich aus Solidaritätsgefühl. Im Haus entstand nun große Unruhe. Dr. von Hieber und Minister Schall verließen den Regierungstisch, während die Minister Bolz und Beyerle dort verblieben. Auf der Linken zeigte sich große Erregung. Die Situation war eine zeitlang sehr verworren. Dem Vizepräsidenten Dr. Roth wurde zugerufen, er sei unfähig. Der Abg. Scheef (Dem.) beantragte, die Sitzung sofort für beendigt zu erklären und in der nächsten Woche zunächst die Wahl eines Staatspräsidenten vorzunehmen. Der Abg. Andre (Ztr.) verlangte die Fortsetzung der Beratung im Hinblick auf die Wichtigkeit des Gesetzes. Nachdem dann der Antrag Scheef auf Vertagung abgelehnt worden war, schlug der Abg. Bazille vor, sofort in die dritte Lesung des Zentrumsantrags einzutreten. Der Abg. Keil (Soz.) erklärte, es habe jetzt praktisch keinen Wert mehr, gegen die dritte Lesung zu stimmen. Das Haus trat sodann in die dritte Lesung ein. Ein Antrag Hauser-Keil-Scheef bezüglich der Bezirkseinteilung für die am 4. Mai stattfindende Landtagswahl wurde zurückgezogen und schließlich der Zentrumsantrag in der Schlußabstimmung angenommen. Dann wurde die nächste Sitzung auf Dienstag vormittag 11 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Staatspräsidenten anberaumt. Um 11 Uhr war die in ihrem Verlauf dramatische Sitzung beendigt.

Zum Rücktritt der württ. Regierung.

Nur einige Abendblätter haben bis jetzt zum Rücktritt der württ. Regierung Stellung nehmen können. Das Neue Tagblatt ist über die Haltung des Zentrums sehr erbost und weist mit aller Entschiedenheit die Deutung des Innenministers Bolz zurück, daß das Initiativgesetz des Zentrums keine Ablehnung der Abbauverordnung darstelle, sondern nur eine Verschiebung. Die politische Bedeutung des Zentrumsantrags sei so klar, daß man sich derartige Deutungsversuche verbitten müsse. Das Gesetz des Zentrums sei eine glatte Verleugnung des Ermächtigungsgesetzes hinsichtlich der Verwaltungsreform und ein Fallenlassen seines eigenen Ministers in einer Sache, die von der Gesamtregierung, also auch von den Ministern des Zentrums als „Kernstück" der ganzen Sparmaßnahmen bezeichnet wurde. Die Regierung als ganzes würde sich um jedes Ansehen und Vertrauen gebracht haben, wenn sie ein solches Spiel mit sich hätte treiben lassen. Die harte Sparpolitik im Interesse der Erhaltung unserer Währung und der Balancierung des Staatshaushalts sei durch eine Schwenkung des Zentrums in so starkem Maße gefährdet, daß nun auch das Zentrum dafür die Verantwortung vor dem Lande tragen müsse. Solcher Art sei Koalitionspolitik einfach unmöglich. Dr. Hieber und Dr. Schall mußten sich durch das Vorgehen des Zentrums aufs tiefste verletzt und im Stiche gelassen fühlen. Nun möge der Landtag entscheiden. Die Demokratische Partei werde keine Trutzpolitik treiben, aber die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte nur mittragen können, wenn ihre Auffassung von Rücksicht auf staatliche Interessen auch von denen mitgetragen wird, mit denen sie zusammenarbeiten soll.

Der Schwäbische Merkur bezeichnet diese Art von Parlamentarismus einen Selbstmord, findet, daß der zweite (entscheidende) Beschluß geschäftsordnungsmäßig ungültig sei, daß die Abstimmung unter Protest des dem Zentrum angehörenden Präsidenten Walter erfolgte und hält es für ganz selbstverständlich, daß die Rechte bei ihren Oppositionswünschen auf diesen Ausgang — übrigens sehr geschickt — hinarbeitet. Dagegen habe das Zentrum die eigene Arbeit im Stich gelassen und die Regierung verlassen. Dieses Vorgehen des Zentrums sei kein zufälliges, sondern ein Glied der Gesamtpolitik dieser Partei, die mitten im Abmarsch zur Rechten stehe. Kalten Herzens habe das Zentrum die Demokratische Partei und die Koalition im Stich gelassen. Das werde die Wahlbewegung ungewöhnlich verschärfen und lasse — das Zentrum verstehe sich auf die Berechnung der Wahlaussichten — nach den Wahlen eine Wiederholung der bisherigen Zusammensetzung der Regierung nicht als wahrscheinlich erscheinen. Das Blatt verlegt sich schließlich aufs Prophezeien und hält es nicht für ausgeschlossen, daß Hieber wieder zum Staatspräsidenten gewählt werde und nur ein kleines Geschäftsministerium bilde, das bis zu den Wahlen die Geschäfte führt. Das erste dieser Geschäfte müsse dann darin bestehen, daß dieser Landtag, der sich zum Schluß wahrlich keine Lorbeeren erworben habe, so rasch als möglich sich zu seinen Vätern versammelt. Es sei nicht unbedingt nötig gewesen, daß die Dinge diesen Lauf nahmen. Die Oberamtsfrage kam aber in dem Augenblick auf die Fehlbahn, als die Regierung — auch sie schaute nach den Wahlen! — sich auf eine stückweise Regelung einließ.

Die Süddeutsche Zeitung überschreibt ihre Betrachtung mit der Frage „Wer wird Staatspräsident?" Das Blatt versteht nicht die Stellungnahme des Staatspräsidenten, die mindestens zum Teil aus dem Gefühl beleidigten Stolzes oder vorliegiger Hartnäckigkeit entsprungen sei. Nach den Grundsätzen einer wahren Demokratie und eines richtig verstandenen Parlamentarismus mußte dem Volke zunächst durch die nahe bevorstehenden Wahlen Gelegenheit gegeben werden, über die wichtige Frage der Oberamtsaufteilung von sich aus zu entscheiden. In der Sitzung herrschte ein Judasergebnis und manche Situationen erinnerten peinlich an gewisse Vorgänge in anderen Parlamenten. Die Volkspartei mit ihrer veränderten Abstimmung bei der zweiten Lesung etablierte sich als Anwärterin für die neue Koalition. Jetzt kommt alles auf den Ausgang der Wahlen an. Die Rechte jedenfalls ist entschlossen, die Oberamtsaufteilung auch nach den Wahlen nicht durchzuführen, wenn ihr dazu vom Volk bei den Wahlen die Möglichkeit gegeben wird. Da eine zurücktretene Regierung bis zur Bildung einer neuen Regierung geschäftsordnungsmäßig die Geschäfte weiterführen muß, war das Verlangen der Demokratie nach Neuwahl des Staatspräsidenten Wahltaktik. Die Demokratie möchte die eigentümliche Lage des Zentrums ausnützen, um aus ihrer eigenen schwierigen Wahlsituation herauszukommen und für die Wahlen noch rasch die Vorteile des Oppositionsstandpunktes zu ergattern. Die Frage der Neuwahl des Staatspräsidenten geht indessen das gesamte württ. Volk an und kann auf gar keinen Fall von einem Landtag gelöst werden, der sich so eindeutig von der wahren Volksstimmung entfernt. Es ist unmöglich, daß dieser Landtag einen Staatspräsidenten wählt, ohne den wesentlichsten demokratischen Grundsätzen direkt ins Gesicht zu schlagen. Das Blatt meint der Regierung Hieber gewiß keine Träne nach. Sie ist so oder so erledigt. Er glaubt nicht, daß sich irgendwelche Parteien oder Personen bereit finden werden, von einem überständigen Landtag mit der Staatsführung betraut zu werden.

Bezirkskandidaten der Sozialdemokratie.

Außer den schon gemeldeten sozialdemokratischen Landtagskandidaten sind noch zu nennen im ersten Wahlkreisverband Groß-Stuttgart Winker, Dr. Schumacher, Nesper, im dritten Wahlkreisverband Leonberg-Ludwigsburg-Marbach-Waiblingen-Backnang-Gaildorf hauptsächlich Pflüger und Keil, im fünften Wahlkreisverband Ellwangen-Crailsheim-Hall-Künzelsau-Mergentheim-Gerabronn an erster Stelle Frank in Hall, im sechsten Wahlkreisverband Aalen-Neresheim-Gmünd-Welzheim-Schorndorf-Göppingen-Geislingen Kinkel-Göppingen, im siebten Wahlkreisverband Urach-Reutlingen-Münsingen-Tübingen-Rottenburg-Herrenberg Heymann-Stuttgart u. Schrade-Reutlingen, im achten Wahlkreisverband Vaihingen-Maulbronn-Neuenbürg-Calw-Nagold-Freudenstadt hauptsächlich Ofter und Sperka, im neunten Wahlkreisverband Horb-Oberndorf-Sulz-Rottweil-Spaichingen-Tuttlingen-Balingen Eggert-Stuttgart, im zehnten Wahlkreisverband Göhring-Ulm und im elften Wahlkreisverband Wurst-Ravensburg.

Zentrum und Bayerische Volkspartei.

München, 5. April. Der „Bayerische Kurier" bringt folgende Meldung: Reichskanzler Marx lehnt, wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, den Beschluß, in Bayern Gegenkandidaten des Zentrums gegen die Bayerische Volkspartei aufzustellen, durchaus ab und noch entschiedener die Begründung, welche die „Germania" diesem Beschluß mit auf den Weg gegeben hat. Der Reichskanzler wird voraussichtlich baldigst Anlaß nehmen, diesem seinen Standpunkt auch nach außen hin Ausdruck zu geben. Wie ich von absolut einwandfreier Seite erfahre, entspricht diese Meldung den Tatsachen. Reichskanzler Marx wurde durch einen scharfen Artikel der „Germania" gegen die Bayerische Volkspartei unangenehm überrascht. Seine Stellungnahme steht unmittelbar bevor. Die Bayerische Volkspartei läßt übrigens keinen Zweifel, daß im gegenteiligen Fall sie das Ausscheiden des ihr zugehörigen Reichsjustizministers Emminger aus dem Kabinett Marx fordern würde. Die Bayerische Königspartei hat auf die Aufstellung eigener Kandidaten für die Wahlen verzichtet, empfiehlt aber ihren Mitgliedern dringend, nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, von denen sie unbedingt überzeugt sind, daß sie unbedingt und jederzeit für die monarchistische Staatsform eintreten werden.

Gegen die Lügen Poincares.

Berlin, 4. April. Zum 4. Male innerhalb der letzten zwei Monate erläuterte der französische Ministerpräsident vor der Kammer die von ihm errechneten Ergebnisse des produktiven Ruhrpfandes. Die Angaben Poincares haben den Berliner Vertreter des „Hamburger Fremdenblattes" veranlaßt, den Reichswirtschaftsminister Hamm darüber zu befragen. Hamm führte etwa folgendes aus: Aus diesen auffälligen Wiederholungen sieht man, wie sehr Poincare mit allen Mitteln bemüht ist, die französischen Wähler von dem Erfolge seiner Ruhrpolitik zu überzeugen, der gegenüber dem Frankensturz eine so unwiderlegbare Sprache spricht, ein Sturz, der nur durch das Eingreifen des englisch-amerikanischen Geldmarktes einige Zeit aufgehalten werden konnte. Poincare errechnet für das Jahr 1923 das Ergebnis der Ruhrbesetzung mit rund 800 Millionen Franken, gleich 100—130 Millionen Goldmark, vergißt aber dabei zu berücksichtigen, daß der Mehrimport von englisch-amerikanischer Kohle die französische Zahlungsbilanz von 1923 gegenüber dem Vorjahre um rund 420 Millionen Goldmark zu ihren Ungunsten belastet hat. Ueber das ganz erhebliche Defizit der französisch-belgischen Eisenbahnregie schweigt er sich ebenfalls aus. Die Zahlen für 1924 sind noch phantastischer. Aus den Zufallsergebnissen eines Monates, die mit 12 multipliziert werden, wird ein Jahresnettoergebnis von 3 Milliarden Franes und zugleich 600 Millionen Goldmark ausgerechnet. Jedermann weiß, daß die unerträglichen Lasten, die die französische Besatzung auf die Rhein- und Ruhrbevölkerung durch die Meumverträge legt, wirtschaftlich längere Zeit nicht tragbar sind, daß sie vielmehr von der dortigen Wirtschaft nur kurze Zeit übernommen wurden, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch bis zur endgültigen Neuregelung der Verhältnisse nach Möglichkeit abzuwenden. Mit der Produktivität haben diese Ergebnisse wirklich nichts zu tun. Die Multiplikation eines Monatsergebnisses mit 12 ist vollkommen irreführend. Gesetzt der Fall, was aber nach dem Gesagten als ausgeschlossen gelten muß, diese Rechnung wäre richtig, so sind doch von diesen 600 Millionen Goldmark nur 52 Prozent für Frankreich bestimmt. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die Sachlieferungen, die Deutschland trotz des Ruhreinbruches an die anderen Mächte ausgeführt hat, allein 370 Millionen Goldmark betrugen. Frankreich hätte damit unter den rigorosesten Maßnahmen (Beschlagnahmungen, Ausweisungen, Einkerkerungen) und unter Hinwegsetzung über den Versailler Vertrag und über privatrechtliche Bestimmungen, die sonst in der ganzen Welt geachtet werden, unter schwerster wirtschaftlicher Schädigung des deutschen Schuldners bestenfalls eine Summe erpreßt, die derjenigen gleichkommt, welche Deutschland freiwillig an seine Gläubiger würde bezahlt haben. Poincare stellte dabei aber die erzwungenen Leistungen als für Deutschland leicht tragbar hin. Im übrigen sei, was das sachliche Ergebnis betrifft, nur an folgende Stimme aus dem eigenen Lager Poincares erinnert, Stimmen, denen man eine antifranzösische Einstellung wirklich nicht nachsagen kann. In erster Linie verweise ich auf die Untersuchungen des Ruhrergebnisses durch den Leiter der Solvay-Inst tuts, die Georges Barnisch, der durch die vielfachen Veröffentlichungen in der Reparationsfrage gezeigt hat, daß er wirklich keines deutschfreundlichen Standpunktes für verdächtig gehalten werden kann. In seiner Schrift „Le Bilanze de la Ruhr" weist er bezüglich des Ergebnisses von 1923 darauf hin, daß selbst, wenn alles nach den Hoffnungen der Franzosen und Belgier ginge und wenn sich die Reparationskommission bezüglich der Verteilung der aufgekommenen Summe zu ihren Gunsten aussprache, was er selbst für unwahrscheinlich halte, Frankreich und Belgien die Ruhrbesetzung des Jahres 1923 gerade umsonst gehabt haben würden, während sie einen produktiven Erfolg nicht gehabt hätten. Bezüglich des Ergebnisses von 1924 charakterisiere er die bisher aufgestellten Zahlen richtig als reine Hypotheken und Hoffnungen. Er schätzt die Nettoeinnahmen für Frankreich und Belgien auf höchstens 206 Millionen Goldmark und hebt hervor, daß für diese die Kosten für die Rheinarmee, der Teil für die Besatzungskosten der amerikanischen Armee und die Kosten der Ruhrarmee und der Reparationskommission mit etwa 470 Millionen Goldmark anzurechnen sind, so daß sich für die Besatzungsmächte nur ein Minussaldo ergebe. Wer könnte noch glauben, ruft er am Schlusse der Berechnung aus, daß unsere Politik des Jahres 1923 ein Politik wirklich produktiver Wänder gewesen ist? Er erklärt dann, wie die Meinung der Welt sich gegen die Besatzungsmächte gewendet hat, welche Hemmnisse die militärische Besetzung in die Wirtschaftslage beider Länder gebracht hat und wie insbesondere der Warenverkehr durch das besetzte Gebiet hindurch nach dem übrigen Deutschland vollkommen zum Erliegen gekommen ist. Insbesondere habe der Hafen von Antwerpen unter diesen Verkehrsschwierigkeiten ernsthaft gelitten. Der Krieg habe den Franken auf einen Dollarwert von 10—12 Franken pro Dollar gebracht, die Ruhrbesetzung habe ihn um das Doppelte verschlechtert. Gegenüber diesen ernsten, sachlich gehaltenen Bemerkungen Barnisch's klingen die Ausführungen des früheren belgischen Außenministers Jaspar beinahe wie Optimismus, „das Rheinunternehmen hat auch unser

gekostet". So beteuerte er am 21. Februar. In gleicher Richtung gehen die Ausführungen des Abgeordneten Herriot, der in seiner Kammerrede vom 11. Februar mit nüchternen Zahlen den finanziellen Mißerfolg des Ruhrabenteuers nachgewiesen hat, indem er unter Zugrundelegung des Poincaré-Ergebnisses der Berechnungen darauf hinwies, daß der Abzug der Besatzungskosten für Ruhr und Rhein, der amerikanischen Annuität und der belgischen Priorität die Poincaré'schen Summen in ein Defizit für die französischen Finanzen verwandle. Er erklärte am 23. Februar im „Oeuvre": Wenn noch ein einziger Franzose übrig sei, der an die Theoretik des produktiven Pfandes glaube, so könne er nur geisteskrank und zwar gefährlich geisteskrank sein. Ich möchte schließlich hinweisen auf die Mitteilungen, die in der gestrigen Kammersitzung der Abgeordnete Herriot zur Ruhrpolitik machte. Er erklärte nach den vorliegenden Berichten: „Die Zahlen, die gestern der Ministerpräsident verlesen hat, können mein Urteil nicht ändern. Ich frage, ob wir 1923 mehr erhalten haben als 1922. Die Antwort ist nicht zweifelhaft."

Ausland.

Die Goldnotenbank kommt nach Berlin.

Matin teilt mit, daß der Vorschlag für die Goldnotenbank im Dawesbericht endgültig wie folgt formuliert worden ist: Der Sitz der Bank soll Berlin sein. Das deutsche Emissionsinstitut werde ein Kapital von 400 Mill. Goldmark in Stücken von 100 Mark haben. Alle diese Stücke würden der gleichen Behandlung unterliegen. 1 Mill. derartiger Stücke würden der Reichsbank überwiesen. 3 Mill. in Gold oder Devisenzeichnungen werden dem internationalen Markt zur Zeichnung zugeben.

Französische Erpresserpolitik für die Micum-Verträge.

Paris, 5. April. Der deutsche Botschafter von Hoesch hat gestern einen diplomatischen Schritt bei Poincaré unternommen, der zur Herbeiführung eines Provisoriums zwischen dem Ablauf der Micum-Verträge und dem Abschluß neuer Abmachungen im Ruhrgebiet führen sollte. In der Unterredung hat die französische Regierung kein Hehl daraus gemacht, daß sie unbedingt auf der Erneuerung der Micum-Verträge bestehen bleiben muß, und daß sie, wie bereits der Minister für öffentliche Arbeiten in der vorgestrigen Kammersitzung angedeutet hat, sich erforderlichenfalls entschließen wird, durch besondere Maßnahmen die Fortsetzung dieser Verträge zu erzwingen.

Die englisch-französischen Sicherungsverhandlungen gescheitert.

Paris, 5. April. Die Londoner Meldung, wonach Poincaré und Ramsey Macdonald sich demnächst vier treffen würden, ist von zuständigen Pariser Kreisen dementiert worden. Man ist der Auffassung, daß die englisch-französischen Verhandlungen hinsichtlich der Sicherungsfrage vorläufig gescheitert sind. Wie die „Daily Mail" heute früh hervorhebt, hat Ramsey Macdonald die französische Regierung durch ihren Londoner Botschafter St. Aulaire davon in Kenntnis gesetzt, daß die Frage der französischen Sicherung im Zusammenhang mit einer allgemeinen Lösung der Schuldenprobleme dem Völkerbund zur Behandlung überwiesen werden müßten. Was die Reparationsfrage anbelangt, so liege ein Grund zu einer Begegnung zwischen Macdonald und Poincaré nicht vor, da die Verbündeten sich endgültig zur Annahme der Vorschläge der Sachverständigen verpflichtet haben. — Die Antwort auf die englische Entscheidung bildet den neuen französischen Schachzug in der Angora-Türkei gegen den Lausanner Frieden.

Verschärftes Vorgehen der Franzosen im Rheinland.

Paris, 5. April. Ueber die neuesten Maßnahmen der Rheinlandkommission im besetzten Gebiet meldet ein ausführlicher Bericht des „Echo de Paris" daß man vor allem gegen die sogenannte „Treuhandgesellschaft" in Heidelberg vorgehen wolle, weil diese unter den Besatzungstruppen Spionage betreibe und eine antifranzösische Propaganda unter der deutschen Bevölkerung unterhalte, sowie unter den französischen Truppen antimilitaristische Propaganda betreibe. Zwei Drittel der Mitglieder der Treuhandgesellschaft seien allein im Dezember verhaftet und im Januar durch ein Kriegsgericht verurteilt worden. Der Jungdeutsche Orden sowie die Stahlhelmorganisation seien ebenso gefährlich, weil sie militärische Vorbereitungen unter der Jugend vornähmen und, was ihnen anscheinend besonders zum Vorwurf gemacht wird, auch eine intellektuelle Vorbereitung der Jugend durchführten, indem sie nämlich Geschichtskurse (!) veranstalteten, worin die ruhmreichsten Perioden aus der Geschichte Preußens (Friedrich der Große, Bismarck, Befreiungskriege) geschildert würden. Nichts werde verabsäumt, um bei den jungen Leuten auf dem rechten Rheinufer den bewußten nationalistischen Geist zu entfachen.

Am 21. März fand in Koblenz unter dem Vorsitz des französischen Oberstleutnant D'Arbonneau die Sitzung eines eigenen Komitees statt, das aus französischen, englischen und belgischen Vertretern bestand. Dabei wurde beschlossen, daß die Verordnungen der Rheinlandkommission vom 1. Januar 1921, die Verordnung vom 26. Januar 1921, die vom 31. August 1923, vom 21. Dezember 1923 und vom 15. Februar 1924 verschärft werden sollen. Sie beziehen sich auf die Gründung von Gesellschaften, die sich mit militärischen Fragen beschäftigen, und ihre Mitglieder im Waffengebrauch unterrichten; ferner beziehen sich diese Verordnungen auf Spionageakte, auf das Halten drahtloser Telegraphenstationen, auf das Tragen von Uniformen, die den alliierten Uniformen ähneln, auf den Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet usw. Schwere Strafen, die bis zu lebenslänglichen Zuchthausstrafen gehen, können verhängt werden. Im ganzen wurden in den letzten Tagen 240 Haussuchungen abgehalten und 61 Verhaftungen vorgenommen. In Essen und Gelsenkirchen seien interessante Schriftstücke gefunden worden. Namentlich strenge Bewachung aller aktiven und ehemaligen Offiziere sowie der Schuljugend wird jetzt durchgeführt werden. Letzteres wird deshalb geschehen, weil man erklärt, daß die Schuljugend ein gefährliches, ordnungsstörendes Element sei. Zahlreiche Studenten seien in Spionageangelegenheiten verwickelt und hätten Attentate beabsichtigt.

Deutsche Beschimpfung in der französischen Kammer.

In einer recht stürmisch verlaufenen Sitzung der französischen Kammer hat der Kriegsminister Maginot auf einen sozialistischen Zwischenruf geantwortet: „Sie sind der Advokat der Boches." In den großen Verwirrungen und Erregungen dieser Zeit darf dieser Ausspruch nicht unerwähnt und unbeachtet bleiben. Es muß festgestellt werden, daß der französische Kriegsminister, ein Vertreter der französischen Regierung, mit der das Deutsche Reich täglich in Berührung kommt, die Angehörigen des Deutschen Reiches mit einem Ausdruck belegt hat, der den Franzosen gleichbedeutend ist mit der Beschimpfung „Schwein". Diese unerhörte Beleidigung ist in öffentlicher Sitzung des französischen Parlaments, also vor den Augen und Ohren der ganzen Welt, gefallen. — Wir wissen — und aus diesem Wissen schöpft Herr Maginot ja auch nur den traurigen Mut zu seiner Flegelei —, daß wir vorläufig keine Gelegenheit und nicht die physische Möglichkeit haben, Herrn Maginot zur Rechenschaft zu ziehen und ihn so zu züchtigen, wie es sich gehört. Wir müssen uns wieder mit dem Worte und der Geste begnügen. Wenn ein deutscher Minister vor dem deutschen Reichstage die Franzosen als Schweine bezeichnen würde, so wäre es selbstverständlich, daß ein diplomatischer, politischer Schritt seitens Frankreichs die Folge wäre. Ebenso selbstverständlich muß es sein, daß die deutsche Regierung als Vertreterin des beschimpften deutschen Volkes mit einem Schritt antwortete, der einer moralischen Ohrfeige mindestens gleichkommt. In Frankreich, aber ganz besonders auch in den anderen großen Staaten der Entente, regt man sich neuerdings darüber auf, daß als Begleiterscheinung der Propaganda zu den Reichstagswahlen die im deutschen Volke schlummernde Erbitterung gegen die Feinde Deutschlands so mächtig emporlodert. Sie beschweren sich darüber und meinen, mit diesem Deutschland würde man wohl nie zu vernünftigen Verträgen kommen können. Wir wollen die Formel umkehren: Mit einem Staate, dessen Kriegsminister die Angehörigen des Deutschen Reiches öffentlich als Schweine bezeichnet, werden wir allerdings nie zu vernünftigen Verträgen kommen können.

Bittere Wahrheiten.

London, 5. April. In einem „Deutschland am Scheidewege" überschriebenen Leitartikel führt „Daily News" über die bevorstehenden deutschen Wahlen aus, eine der schlimmsten Wirkungen des letzten Friedens sei die, daß er die Hoffnung auf eine wirkliche deutsche Demokratie fast getötet habe. **Hätte die erste deutsche demokratische Regierung von den Alliierten eine Lebensmöglichkeit erhalten, so hätte man Hoffnung haben können.** Man habe den günstigen Augenblick vorübergehen lassen. Man habe zugelassen, daß das deutsche Volk sich selbst überredete, daß die einzige Möglichkeit der Befreiung für es in der Vorbereitung für einen neuen Freiheitskrieg gegen seine Verfolger liege. **Die einzige Hoffnung für Deutschland und Europa sei gegenwärtig, daß Macdonald Poincaré überrede, Bedingungen zuzustimmen, die eine unter dem Einfluß der deutschen Industriellen und Konservativen stehende Form annehmen würden.**

England und die deutschen Wahlen.

London, 5. April. Das „Manchester Guardian" veröffentlicht heute einen Artikel über das Verhältnis der englischen Politik zu Deutschland, in dem die Einstellung der englischen liberalen Kreise über diese Frage recht deutlich zum Ausdruck kommt. Das Blatt drückt die Befürchtung aus, daß Deutschland gerade in dem Augenblick zu einer reaktionären Herrschaft komme, wo ihm von außen her Hilfe kommen könnte. Es sei selbstverständlich, wenn das deutsche Volk ungeduldig geworden sei, weil es fünf Jahre mißhandelt wurde und auch von England keine andere Unterstützung als Trostworte erhalten habe. Aber nun verfolge Macdonald eine deutschfreundliche Politik, und es bestehe die Hoffnung, daß auch in Frankreich versöhnlichere Elemente die Oberhand gewinnen würden. Deutschland habe alle Ursache, sich nicht nur über Frankreich, sondern auch über England zu beklagen. Durch die Politik Macdonalds wären einige, wenn auch kleine Fortschritte gemacht worden, z. B. in der Pfalzfrage. Selbstverständlich könne niemand sagen, ob es Macdonald gelingen würde, Frankreich auch in wirtschaftlichen Fragen zu einem Umschwung zu bringen, aber wenn die Rechtsparteien bei den deutschen Wahlen siegen, so würde damit alle Hoffnung vernichtet.

Wir haben uns mit dem Gedankengang, den das liberale englische Blatt hier entwickelt, bereits wiederholt beschäftigt, man kann also nur wiederholen, daß dies zwar dem englischen Standpunkt entspricht, weil es eine Verständigung Englands mit Frankreich erleichtern würde, daß es aber den deutschen Interessen zuwiderläuft. Mit den trostreichen Versprechungen und unbestimmten Hoffnungen, die von jeder Seite laut werden, ist der Politik nichts genützt. Es ist vorauszusehen, daß diese englischen Versprechungen, um auf die deutschen Wahlen Einfluß zu gewinnen, sich in den nächsten Wochen immer mehr verstärken werden. Es ist notwendig, zu bekennen, daß die deutschen Interessen nicht trostreiche Worte fordern, sondern ihnen nur mit Tatsachen gedient werden könnte. Daß die von diesem Blatt ausgedrückten Hoffnungen für einen Umschwung der französischen Politik nicht begründet sind, wird auch von englischer Seite zugegeben. Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph" stellte nach der letzten Rede Poincarés ausdrücklich fest, daß Poincaré trotz des freundlichen Briefwechsels mit Macdonald auf denselben Standpunkt wie bei Beginn der Ruhrbesetzung steht. Das Organ der Arbeiter-Partei „New Leader" sagt in gleichem Sinne, daß sich infolge der englischen Untätigkeit die Situation auf der ganzen Linie zu Gunsten Frankreichs entwickelt hat und für die englische Regierung immer schwieriger wird. Das gleiche Blatt hat auch bereits früher zugegeben, daß die bisherige Politik Macdonalds einseitig nach Frankreich orientiert sei. In den nächsten Wochen werde Macdonald wahrscheinlich starke Töne anschlagen und es sei sogar möglich, daß es zu harten Auseinandersetzungen zwischen Paris und London kommen könnte. Wir sind überzeugt, daß er dabei umsomehr Eifer entwickeln wird, je kräftiger die nationale Strömung in Deutschland sich durchsetzt. Das deutsche Volk darf sich nicht durch trostreiche Worte darüber hinwegtäuschen lassen, daß es vom Auslande gar keine Hilfe zu erwarten hat und daß es nur insoweit Erfolge erzielen wird, als es sich auf seine eigene Kraft beruft. Wenn es dabei ein Mittel gibt, die englische Politik zu beeinflussen, dann ist es das, England zu zeigen, daß Deutschland nicht mehr länger mit sich spielen läßt und daß der nationale Wille in Deutschland wieder erwacht.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 5. April. Die Reichsbanknoten über 10 Billionen vom 1. November (1. und 2. Ausgabe) und die 100 Billionen-Reichsbankscheine vom 26. Oktober 1923 (1. Ausgabe) sind zum 20. April aufgerufen. Die Bankstellen wechseln diese Scheine kostenlos bis einschl. 14. April um.

Neuenbürg, 7. April. Dem gestrigen Konfirmations-Sonntag war schönes Frühlingswetter beschieden. In der Stadtkirche wurden vormittags 25 Knaben und 43 Mädchen von hier und Waldrennach durch Dekan Dr. Megerlin konfirmiert. Die Kirche war überfüllt von Angehörigen und Verwandten der Kinder, die andächtig ergriffen der feierlichen Handlung folgten und im Geiste die eigene Konfirmation an sich vorüber ziehen ließen. Welch ein Wandel der Zeitereignisse hat sich seitdem vollzogen! Möchte den Neukonfirmierten das, was ihnen in Kirche und Schule gelehrt wurde, als treuer Wegwart und Führer beim Eintritt in einen neuen Lebensabschnitt dienen und sie vor Fehltritten bewahren!

Neuenbürg, 4. April. (Aussaat und Pflanzung von Mohn.) Der Verband württ. Oelmüller, Sitz Ditzingen, schreibt uns: Für den Mohnanbau ist rechtzeitige Beschaffung des Saatguts geeigneter Sorten wichtig, damit die Aussaat bei dem verzögerten Eintritt des Frühjahrs vorgenommen werden kann, sobald der Boden genügend abgetrocknet und erwärmt ist. Feine Sämereien, wie Mohnsamen, bedürfen einer besonders sorgfältigen Unterbringung; auf alle Fälle muß das Feld zur Aussaat gut bearbeitet sein und eine gartenmäßige Beschaffenheit angenommen haben. Je früher der Boden in diesen Zustand gebracht werden kann, desto sicherren Erfolg wird man beim Mohnanbau haben, da dann die Saat am wenigsten von Schädlingen heimgesucht wird und am meisten Nutzen aus der Winterfeuchtigkeit ziehen kann. Saatgut (Schließmohn) wird durch die Oelmühlen von der Württ. Landwirtschaftskammer bezogen und zum Selbstkostenpreis abgegeben. Auch der weiße Mohn ist sehr beliebt, da das Oel darnach im Geschmack noch etwas feiner sein soll wie beim Blaumohn. Wenn man auch jetzt wieder in den Kaufläden Salatöl kaufen kann, so wird der Landwirt und wer sonst Gelegenheit hat, doch am besten tun, wenn er seinen Bedarf wieder selbst anbaut, da ein gutes, reines Mohnöl eben doch etwas anderes ist, als viele im Handel befindliche sog. Salatöle. Auch für die Leinsaat sollte man jetzt schon sorgen, da der Lein nach öfterem Anbau vielfach durch Dotter und Seide verunreinigt ist. Man muß bei Mohn und Lein die Saatfrucht öfter wechseln, wenn man auf einen guten Ertrag rechnen will.

Neuenbürg, 3. April. Die Post haftet nicht für falsche Auskünfte am Schalter! Das Reichspostministerium teilt jetzt zwei Urteile des Landgerichts Berlin I in diesem Sinne mit. Von einem Telegramm nach Neuyork wurde drei Tage später vom Postamt mitgeteilt, es sei unbestellbar. Das Telegramm wurde darauf mit einem kleinen Zusatz in der Aufschrift nochmals aufgegeben. Weitere vier Tage später kam die Nachricht, daß das erste Telegramm inzwischen bestellt worden war. Eine Klage auf Erstattung der Gebühren für das zweite Telegramm wurde abgewiesen. Ebenso erging es einem zweiten Kläger, der für ein Ueberseefunkentelegramm mit bezahlter Antwort die halbe Gebühr bezahlt hatte. Aus Versehen berechnete der Annahmebeamte auch die Antwortgebühr nur zur Hälfte. Der Fehlbetrag wurde später nachgefordert und unter Vorbehalt bezahlt, die Rückzahlung aber vom Gericht zurückgewiesen.

Neuenbürg, 5. April. Die Tollwut, die jetzt im Württembergischen vielfach beobachtet wird, entsteht bei Mensch und Tier nur nach Biß durch ein wutkrankes Individuum. Der Verlauf ist bei beiden Gattungen durchaus gleich, wobei drei Stadien zu unterscheiden sind: das Stadium der Niedergeschlagenheit, das Stadium der Aufregung und das Stadium der Lähmung. Von wutkranken Tieren gebissene Menschen werden bald anders, als sie waren, still, scheu und niedergedrückt, um bald hernach in das Gegenteil, in das Stadium der Unruhe zu verfallen. Dieses Stadium ist das gefährlichste, da die Beiß- und Wandersucht hier besonders zum Ausdruck kommt. Planloses, tagelang anhaltendes Umherirren, wobei jedes in den Weg kommende Wesen gebissen wird, ist die Regel, ebenso anormale Freßlust, die die unglaublichsten Gegenstände verschlingen läßt, so daß der Magen verendeter wutkranker Tiere alles enthält, was verschlingbar ist. Das letzte Stadium ist, wie erwähnt, durch Lähmung charakterisiert, wobei nicht nur die Extremitäten, sondern auch das Gesicht und die Schlund- und Kehlkopfnerven betroffen werden. Heiserkeit der Stimme, ständiges Verschlucken und schließlich Tod durch Atmungslähmung sind die Anzeichen. Diese Erscheinung erklärt sich dadurch, daß das Wutgift ein ausgesprochenes Nervengift ist, das von der Bißwunde aus, den Nerven folgend, in Hirn und Rückenmark eindringt, um von dort aus in ferner liegende Körperteile zu gelangen. Ist ein Mensch von einem wutkranken Tiere gebissen, so ist rasches, zielbewußtes Handeln notwendig. Die Wunde ist sofort mit desinfizierenden Mitteln (Karbol, Sublimat, Alkohol usw.) auszuwaschen. Wunden am Kopf sind besonders gefährlich und darum doppelt vorsichtig zu behandeln, da diese dem Gehirne sehr nahe liegen. Bei Bissen an Armen oder Beinen ist das betreffene Glied mit einem Gummischlauch oder Hosenträger abzubinden. Selbstverständlich ist schleunigste Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe unumgänglich. Das Endziel der Behandlung jedoch, d. h. die Heilung und damit Beseitigung der Weiterverbreitung, aber ist stets die raschete Zuführung zur Impfung. Hierbei wird das Flugzeug eventuell wertvolle Dienste leisten können. Institute für Impfung befinden sich zur Zeit in Berlin, Breslau, Nürnberg und Stuttgart. Ohne diese Behandlung sterben 70 Prozent der gebissenen Menschen, von geimpften dagegen nur 0,2 Prozent, d. h. von 500 nur ein einziger. Wutkranke Tiere müssen selbstverständlich erbarmungslos getötet werden.

Württemberg.

— Durch Entschließung der Evang. Kirchenregierung wurde Pfarrer Weidner in Ilsfeld (vorher in Birkenfeld) seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt.

Unterreichenbach, OA. Calw, 5. Juni. (Zusammensetzung.) Die von den Teilgemeinderäten Unterreichenbach und Dennjächt mit Zustimmung des Gesamtgemeinderats Unterreichenbach abgeschlossene Vereinbarung, wonach die zusammengesetzte Gemeinde Unterreichenbach mit Wirkung vom 1. April in eine einfache Gemeinde mit dem Namen Unterreichenbach umgewandelt werden sollte, ist durch die erteilte Regierungsgenehmigung nunmehr zur Tatsache geworden.

Baiersbronn, O.-A. Freudenstadt, 6. April. (Tödlicher Unglücksfall.) Das dreijährige Kind einer hiesigen Familie war mit seinen Kameraden auf dem Weg nach Hause. Als die Kinder nach dem Ueberschreiten der Murgbrücke das Fehlen desselben bemerkten, suchten sie nach ihm. Am Abend wurde die Leiche am Rechen des Kanals gefunden. Das Kind war dem Anschein nach zurückgeblieben, vom Weg abgekommen und in den Kanal gefallen, ohne daß seine Spielgefährten es bemerkten.

Freudenstadt, 6. April. (Kommunistenverhaftung. — Festnahme.) Am letzten Sonntag ist Gipser Georg Link in seiner Wohnung verhaftet worden. Die Festnahme wurde vom Polizeipräsidium Stuttgart angeordnet und von einem Kriminalinspektor von Stuttgart, dem ein hiesiger Schutzmann beigegeben wurde, durchgeführt. Link ist beschuldigt, an dem Maschinengewehrdiebstahl beteiligt zu sein. Schon vor einigen Wochen hat er sich der Verhaftung durch Flucht entzogen. Er hat sich seither in Stuttgart aufgehalten, wo ihm eine Parteifreundin Unterschlupf gewährte. Bei der Festnahme gelang es ihm, einen Teil seines Adressen- usw. Materials zu verschlucken, doch gelang es, noch einiges zu beschlagnahmen. Link wurde vorerst nach Stuttgart verbracht. — Vor 8 Tagen konnte von der Polizei der Täter festgenommen werden, der letzten Sommer im Teufelmoos verschiedene Frauen und Mädchen belästigte. Der Betreffende stammt aus Stuttgart und ist dort bei einer angesehenen Firma angestellt.

Stuttgart, 5. April. (Die Wirte haben sich anders besonnen.) Als die neue Getränkesteuer kam, erhoben die Wirte scharfen Protest und erklärten, die Steuer nicht erheben zu wollen. Inzwischen haben sie sich eines anderen besonnen. Die Organisationen haben den Wirten angeraten, mit sofortiger Wirkung das Glas Bier oder Most um 2 Pfennig, das Viertelliter Wein um 5 Pfennig zu erhöhen. Da die Steuer 5 Proz. beträgt, schneiden die Wirte bei dieser Steuer nicht schlecht ab.

Stuttgart, 5. April. (Verbot von Hundemärkten und Hundeschauen.) Infolge weiterer Ausbreitung der Tollwut hat das Ministerium des Innern die Abhaltung von Hundemärkten, Hundeschauen und sonstigen Veranstaltungen, bei denen Hunde verschiedener Besitzer zusammengebracht werden, bis auf weiteres für das ganze Land verboten.

Stuttgart, 5. April. (Eine schöne Spende.) Die Württ. AGA-Automobil-Verkaufs-A.G. hat aus Anlaß der am letzten Sonntag, 30. März, stattgefundenen Sternfahrt zu Schloß Solitude dem Stadtschultheißenamt eine Spende von 1000 G.-M. und weiter als Ergebnis einer bei dieser Gelegenheit stattgefundenen Sammlung den Betrag von 667 Goldmark übersandt mit der Bitte, diese Gelder zu Gunsten des notleidenden Mittelstandes zu verwenden.

Botenheim, OA. Brackenheim, 5. April. (Weinversteigerung.) Zu der Versteigerung von 1923er hiesigem Rotwein haben sich Liebhaber aus Stuttgart, Cannstatt und der hiesigen Gegend eingefunden. Die Käufer waren anfänglich zurückhaltend. Später einigte man sich auf einen Preis von 90, 92, 93, 95, 100 und 103 Mark für das Hektoliter. Ein Posten erzielte 103 Mark. Zum Verkauf kamen gegen 15 Eimer.

Sondelfingen, O.-A. Urach, 5. April. (Bezirksaufteilung.) Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, den Antrag zu stellen, daß

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die Gemeinde Sondelfingen dem Oberamtsbezirk Reutlingen zugeteilt wird.

Talheim, O.-A. Tuttlingen, 5. April. (Großer Erdrutsch.) Am Südhang des Reisenberges, bei der großen Schutthalde des Talheimer Steinbruchs, löste sich in den letzten Tagen ein beträchtlicher Teil des Abhangs und bewegte sich abwärts. Schon am Freitag letzter Woche konnten größere Risse im Boden festgestellt werden; die Hauptbewegung war am Samstag, Sonntag und Montag, doch ist sie heute noch nicht zur Ruhe gekommen. Der Flächengehalt der abgerutschten Stelle beträgt ca. 1 Hektar. Der Anblick ist ganz ungeheuerlich. An manchen Stellen sind meterhohe Falten aufgeschoben, an anderen Stellen klaffen tiefe, breite Risse, in denen sich oft sehr viel Wasser angesammelt hat. Früher führte ein Waldweg mitten durch den Platz, heute ist vom Weg keine Spur mehr zu sehen. Einen ganzen trostlosen Anblick gewährt der Wald. Links von dem vorher erwähnten Weg ist ein 30—40 jähriger Buchenbestand. Diesen hat es kreuz und quer durcheinander gerissen, in allen möglichen und unmöglichen Richtungen ragen die Stämme empor. Von dem Buchenhochwald, der sich rechts über dem Weg befindet, hat es auch noch Stämme heruntergerissen. Die schwersten Stämme sind mehrere Meter weit geschleudert worden und sind oft mitten entzwei geborsten. Der Schaden, der am Wald entstand und ganz die Gemeinde trifft, ist beträchtlich.

Tuttlingen, 6. April. (Beilegung der Differenzen in der Metallindustrie.) Der durch den Schiedsspruch in der Metallindustrie geschaffene Konflikt ist durch örtliche Vereinbarungen in der hiesigen Metallindustrie beigelegt.

Friedrichshafen, 5. April. (Der Amerika-Zeppelin.) Ueber das hier für Amerika im Bau befindliche Zeppelin-Luftschiff Z R III sind in der letzten Zeit mancherlei unzutreffende Mitteilungen verbreitet worden. Mit der Füllung des Schiffes kann erst Mitte Mai begonnen werden. Zur Zeit werden die neuen 400 P. S. Maybach-Motoren ausprobiert.

Baden.

Pforzheim, 6. April. Beim Friedhof auf der Schanz wurde der 58 Jahre alte verheiratete Bijouteriehändler Goßweiler von Ispringen auf einer Sitzbank erschossen aufgefunden. Er hatte sich einen Schuß in den Kopf beigebracht. Die Gründe, die ihn in den Tod getrieben haben, sind noch unbekannt.

Pforzheim, 5. April. Am Donnerstag mittag 2.16 fuhren hier im Personenzug, von Karlsruhe kommend, drei Marokkaner in voller Uniform, mit Wolldecken versehen, auf der Reise nach Ulm, durch. Es waren drei Deserteure der Garnison Germersheim, die voll Sehnsucht nach ihrem fernen heißen Heimatlande ihren Peinigern entflohen waren. Sie wurden in Karlsruhe verpflegt und werden zunächst nach Ulm, später nach dem Balkan weitergebracht. Nach Angabe der drei Deserteure sind in der letzten Zeit täglich einige Soldaten von den marokkanischen Truppenteilen, wie sie selbst, geflohen. (Es würde uns nicht wundern, wenn in Bälde eine französische Note an die deutsche Regierung gelangt, welche diese der Begünstigung zur Desertion beschuldigt und Sanktionen angekündigt werden. Schriftl.)

Vermischtes.

Papierpreiserhöhung. Die Preiskonventionen für holzfreie und holzhaltige Papiere haben auf ihrer vorwöchigen Tagung beschlossen, die Preise um 7—8 Prozent zu erhöhen, was für holzhaltige Papiere 2,50, für holzfreie 4 Mark je 100 Kilo bedeutet.

Riesenschwindeleien eines Holzhändlers. In Danzig suchte seit geraumer Zeit ein angeblicher Holzgroßhändler Abraham Magidson aus Lettland Verbindungen mit Berliner und Danziger Großfirmen. Er spiegelte ihnen vor, daß er von Großgrundbesitzern ganze Waldungen aufgekauft habe. Das Holz solle bereits geschlagen und zur Abfuhr bereit liegen. Zum Beweise dessen legte er Holzfällscheine, amtliche Lager- und Absendescheine und die Police über die übliche Transportversicherung vor. Diese Papiere dienten als Unterlage für bedeutende Abschlüsse die in Berlin und Danzig zustande kamen. Die kaufenden Großhandlungen ließen durch Banken an beiden Orten den Kaufpreis oder einen Teil davon auszahlen, warteten aber vergeblich auf die Sendungen. Für die Verzögerung hatte der Verkäufer allerlei Erklärungen, zuletzt die, daß das Holz auf den Flüssen eingefroren sei. Eine Danziger Firma schöpfte Verdacht und erkundigte sich bei der Versicherungsgesellschaft, bei der die Police ausgestellt sein sollte. Es ergab sich, daß das Schriftstück gefälscht war. Als die Firma Magidson verhaften lassen wollte, war er mit seiner Frau bereits nach Berlin abgereist. Ein Vertreter, den sie dorthin sandte, ermittelte ihn in einem Charlottenburger Hotel. Die sofort alarmierte Kriminalpolizei erfuhr nur noch, daß er seine Frau und seine Sachen im Hotel im Stich gelassen habe und wieder entwichen war. Nach den bisherigen Ermittelungen hat der Flüchtige, der mit seiner Frau auf großem Fuße lebte, 12 000 englische Pfund erbeutet. Alle Policen und Bescheinigungen erwiesen sich als gefälscht. Von dem Holz, das er verkaufte, hat er nicht einen Stamm besessen.

Die Ehrlichkeitsprobe der Franzosen. Der Pariser „Soir" schickte an hundert Männer der verschiedensten Berufsarten in einem Briefe je 5 Franken in Briefmarken mit den Worten: „In Erwiderung Ihres Schreibens schicke ich Ihnen anbei die 5 Franken, die ich Ihnen schulde." Ein Name und Adresse des Absenders waren genannt. Obwohl die Empfänger auf den ersten Blick erkennen mußten, daß es sich um einen Irrtum handelte, schickten nur dreißig sofort die Summe zurück. Die ehrlichsten Männer waren Parlamentsmitglieder und Schriftsteller, denn von fünf dieser Kategorie schickten vier das Geld zurück; von Aerzten, Kaminkehrern und Zivildienern schickten drei von fünf, von Pfarrern, Studenten, Diplomaten, Künstlern und Magistratsbeamten war das Verhältnis zwei zu fünf. Aber nur ein Ehrlicher unter fünf Empfängern war unter Rechtsanwälten, Fabrikanten, Schneidern, Friseuren und Bäckern. Den Rekord schlugen die Cabeninhaber, die Metzger und Weinhändler, denn alle steckten das irrtümlich übersandte Geld ein.

Sicher ist sicher. „Draußen ist ein Mann, der den Chef sprechen will." — „Hat er eine Rechnung in der Hand?" — „Nein." — „Dann hat er vielleicht eine in der Tasche. Wirf ihn raus."

Erraten. Phrenologe: „Dieser Auswuchs auf dem Kopf ist ein Zeichen von Jähzorn." — „Da haben Sie recht, Herr Doktor, die Beule hat mir meine Frau gestern in der Wut mit dem Besenstiel beigebracht."

Die Stärke der Luftflotten

der einzelnen Staaten dürfte mit einiger Aussicht auf Genauigkeit wie folgt geschätzt werden können: 1. Frankreich 1542 Apparate mit 36 005 Mann, 2. Italien 720 Apparate mit 11 000 Mann, 3. England 599 Apparate mit 9215 Mann, 4. Japon 584 Apparate mit 5700 Mann, 5. Vereinigte Staaten von Nordamerika 420 Apparate mit 8500 Mann, 6. Tschechoslovakei 228 Apparate mit 3426 Mann, 7. Schweiz 210 Apparate mit 1200 Mann, 8. Belgien 189 Apparate mit 1900 Mann. Diese Tabelle gibt die amtliche Zahl der Flugzeuge an. Die Wirklichkeit wird meistens davon abweichen. Hinzuzurechnen sind aber jedenfalls die in den staatlich unterstützten Linien tätigen Verkehrsflugzeuge, die im Mobilmachungsfall in militärischen Besitz übertreten und mindestens den Dienst hinter der Front übernehmen können. Diese Zahl ist am größten in Amerika und England. — In den letzten Jahren sind beträchtliche Verbesserungen erreicht worden durch Vergrößerung der motorischen Kraft. Der „Normalmotor" ist auf 400 Pferdestärken vergrößert worden. Er hat 12 Zylinder. Indem man diese Ungeheuer auf ein kleines, leichtes Flugzeug setzte, hat man in Amerika die unwahrscheinliche Geschwindigkeit von 427 Kilometer in einer Stunde erreicht, die sechsfache Geschwindigkeit eines Eisenbahnzuges. Was das heißt, kann nur der erfahrene Flieger beurteilen. Bei solchen Geschwindigkeiten kann der Führer nicht mehr den Kopf aus dem Flugzeug herausstecken, weil der Luftdruck zu stark ist; er muß eine geschlossene Kabine haben. Auch muß er mit der ungeheuren Geschwindigkeit von über 200 Kilometer stündlich landen, da es bisher nicht gelungen ist, die Landegeschwindigkeit auf weniger als die Hälfte der Höchstgeschwindigkeit zu ermäßigen.

Handel und Verkehr.

Schweinemärkte. Crailsheim: Zugeführt: 22 Läufer und 488 Milchschweine. Preis für 1 Paar Läufer 80—120, 1 Paar Milchschweine 40—75 Mark. — Gaildorf: Zugeführt 54 Milchschweine. 46 Stück wurden zum Preis von 20—32 Mk. verkauft. — Mergentheim: Zufuhr 194 Milchschweine. Preise 40—65 Mark. — Blaufelden: Zugeführt 160 Milchschweine. Verkauft wurden alle zum Paarpreis von 32—60 Mark. — Nürtingen: Zutrieb 12 Läufer- und 60 Milchschweine. Verkauft wurden zwei Läuferschweine zum Preis von 58 Mk. per Stück und 31 Milchschweine zum Preis 16—30 Mark das Stück.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Geldmarkt. Die Ergebnisse der internationalen Sachverständigenkommission haben einen neuen schweren Druck auf den Geldmarkt gelegt. Die ungeheuren Lasten, verbunden mit Enteignung der Industrie und Verpfändung von Grundbesitz, Abholzung der Wälder und einer Kontrollkommission, die jeden Atemzug des deutschen Wirtschaftskörpers regeln möchte, sind wie ein Alb auf unserer Seele. Jedermann sucht sein Geld vor solchen drohenden Zugriffen zu bewahren. Die Reichsbank hat die Kreditgebung aufs äußerste eingeschränkt und diskontiert Wechsel nur noch gegen die Sicherheit, die mit der sehr kostspieligen Unterschrift einer Großbank erkauft werden muß, wenn der Kredit nicht nachweisbar zu rein produktiven Zwecken, namentlich für die Ernährung des Volkes, in Anspruch genommen wird. Die Geldknappheit ist deshalb sehr groß. Die Zinssätze sind zwar in der letzten Berichtswoche nicht weiter gestiegen, dafür aber die Devisenkurse, die zu halten große Opfer kostet. Der Großhandel sucht Devisen aufzukaufen, um die Einfuhr zu verschärfen, und stößt dabei auf den Widerstand, den die Erhaltung der Rentenmark gebietet.

Börse. Diese Tatsachen drücken auch auf die Tendenz der Börse. Es kann nicht ausbleiben, daß eine ganze Reihe von Aktiengesellschaften verkümmert und vor allem ihr verwässertes Kapital aufs äußerste zusammenhalten muß, wenn die Lasten der Sachverständigen auf die Gesellschaften fallen. Das war vorauszusehen und ist an dieser Stelle seit Jahresfrist immer wieder vorausgesagt worden, aber es bedeutet doch eine peinliche Ueberraschung für alle, die leichtsinnig in ihrem Optimismus verharrten. Das Geschäft am Effektenmarkt hat deshalb einen weiteren Rückgang erfahren. Der Kursstand ist außerordentlich niedrig und reizt zu Käufen, aber das Geld ist knapp und die großen Scharen derer, die früher am Börsengeschäft sich beteiligten, um ihr Geld vor Entwertung zu schützen, sind und bleiben verschwunden. So ist auch die Börse dem allgemeinen Abbau verfallen und hat — das möge auch heute wiederholt sein — vorderhand gar keine Aussichten auf bessere Zeiten.

Produktenmarkt. Am Anfang der Berichtswoche gab es eine vorübergehende Erholung im Produktengeschäft, die aber bald wieder verloren ging. Es fehlt noch an zuverlässigen Berichten über den Saatenstand. Das Wetter ist wieder rauher geworden, das Wachstum gehemmt. Die Bestellung der Sommerfelder ist in vollem Gang, aber viele Wintersaaten müssen umgepflügt und erneuert werden. Heu und Stroh notierten an der letzten Stuttgarter Landesproduktenbörse 10 und 6½ Mark. An der Berliner Produktenbörse ist gegen die Vorwoche noch eine kleine Preisbesserung zu verzeichnen. So notierten Weizen 177 (plus 8), Roggen 140 (plus 4), Braugerste 190 (plus 5), Hafer 131 (plus 9) und Mehl 27 (plus 0,5) Mark.

Warenmarkt. Die Textilpreise haben jetzt eine Kleinigkeit nachgegeben. An der Stuttgarter Industrie- und Handelsbörse vom 2. April notierten die Baumwollgarne 107—123 Dollarcents, was gegen die letzte Börse eine Ermäßigung um 4—5 Cents bedeutet. Die Baumwollgewebe gingen von 17½ bis 14 auf 17¼—13½ Dollarcents zurück. Es wird natürlich eine geraume Weile dauern, bis diese Veränderung auch in den Ladenpreisen zum Ausdruck kommt. Der Geschäftsgang in der Lederbranche ist flau. Auch hier besteht eine Neigung zum Nachgeben, doch ist hier wie dort damit zu rechnen, daß demnächst eine kleine Lohnerhöhung kommt, die alles wieder ausgleicht, wenn nicht gar die Preise verteuert. Das gilt auch von den Lebensmittelpreisen, die, im Vergleich mit denen der Vorkriegszeit noch höher sind, so namentlich Eier, Butter und Schmalz, was bei den geringen Löhnen und verkürzten Gehältern schwer empfunden wird, während andererseits die Erzeuger sich auf ihre fürchterlichen Steuerlasten berufen. Kohle und Eisen sind fest und zeigen eher eine Neigung zum Steigen als zum Nachgeben, wodurch der gesamte Warenmarkt sein Gepräge erhält.

Viehmarkt. Im Geschäftsgang und in den Preisen hat sich während der letzten Berichtswoche nichts verändert.

Holzmarkt. Unveränderte Hausse trotz geringer Umsätze. Der Markt ist stark spekulativ beeinflußt. Die erwartete Entspannung wird von kapitalkräftiger Seite immer wieder hinausgeschoben.

Neueste Nachrichten.

Dortmund, 5. April. Bergassessor Becker, der Direktor der Zechen „Tremonia" und „Bruchstraße", ist von der Besatzungsbehörde verhaftet worden.

Essen, 5. April. Der kommandierende General erläßt eine Verfügung nach der es verboten ist, aus dem besetzten Gebiet an der Ruhr französisches oder belgisches Geld auszuführen, ausgenommen, wenn die Ausfuhr nach dem altbesetzten Gebiet stattfindet oder von diesem aus nach Frankreich, Belgien Luxemburg und dem Saargebiet.

Berlin, 5. April. Auf dem Vertretertag der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands referierten General Graf von der Goltz über die Reichstagswahlen und der Vorsitzende Reichstagsabgeordneter Geisler über die politische Lage. Zur Beratung wurden die Richtlinien der Verbände gestellt. Als Zweck der Verbände, die parteipolitisch und christlich-konfessionell neutral sind, wird die Schaffung einer nationalen Einheitsfront außerhalb und innerhalb der Parlamente mit dem Ziele der Wiederherstellung der deutschen Freiheit, Einheit, Macht und Größe bezeichnet. Die Richtlinien wurden im wesentlichen gebilligt.

Berlin, 5. April. Der „B. Z. a. M." zufolge stieß gestern abend ein mit drei Personen besetztes Auto an der Potsdamerbrücke mit einem Kraftwagen der Interalliierten Kommission zusammen. Ehe der Schutzpolizeibeamte den Namen des Chauffeurs feststellen konnte, fuhr dieser in rasendem Tempo die Potsdamerstraße weiter. An der nächsten Straßenkreuzung stieß der Wagen mit einem Autobus zusammen. Die beiden Insassen wurden durch die Scheibe des Vorderfensters geschleudert und blutüberströmt aus dem Wagen geholt. Der Chauffeur verschwand ohne sich um seine Fahrgäste zu kümmern. Während Polizeibeamte die Verletzten nach dem Krankenhause schafften, erschien der Führer wieder und fuhr mit dem Wagen davon. Wie sich nachträglich herausstellte, ist der Wagen wenige Minuten vor seinem Zusammenstoß gestohlen worden.

Berlin, 7. April. Gestern nachmittag fand in Eichwalde die Beerdigung des in französischer Gefangenschaft verstorbenen Ruhrkämpfers Willy Dreyer statt. Nachdem in der Dorfkirche ein Trauergottesdienst stattgefunden hatte, bewegte sich ein nahezu 2 Klm. langer Zug zum Friedhofe. Von der Goltz, der Präsident der Vereinigten Vaterländischen Verbände, ergriff am Schluß der Feier das Wort.

Berlin, 5. April. In Weimar begann heute der sechste demokratische Parteitag. Die vor dem Tagungslokal angebrachte schwarz-rot-goldene Fahne wurde dem „Berliner Tageblatt" zufolge von Nationalsozialisten heruntergerissen und vernichtet. — Im Hahlensee stieß des Nachts der Obergrenadier Heimann vom Regiment 9 dem Gärtner Barn, von dem er sich mit der Schußwaffe bedroht glaubte, das Seitengewehr in die Brust, sodaß der Tod sofort eintrat. Heimann stellte sich der Polizei. — Die Polizei hat hier eine Bande russischer Paßfälscher festgenommen, deren Haupt ein gewisser Bienkowski war. Er betrieb mit Hilfe eines auf dem Paßbüro in Frankfurt beschäftigten Beamten die Fälschung im Großen. Auch eine Reihe anderer Personen bedienten sich des genannten Beamten für ihre Fälscherzwecke. Der ungetreue Beamte wurde ebenfalls verhaftet.

Hamburg, 5. April. Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion Hamburg hat sich die Lage im Streik der Eisenbahnarbeiter verschärft. Der Zugbetrieb konnte bewältigt werden. Die Technische Nothilfe wurde auf verschiedenen Bahnhöfen eingesetzt, insbesondere bei der Güterabfertigung rund 700 Mann. Im Güterverkehr mußte Annahmesperre für Frachtstücke und Frachtgutwagenladungen nach allen Reichsbahnhöfen Groß-Hamburgs ausgesprochen werden, um eine Verstopfung zu vermeiden.

Hamburg, 6. April. Die in der Versammlung des Zentralvereins deutscher Reeder mit den amerikanischen Berufsverbänden gepflogenen Verhandlungen haben in der vergangenen Nacht ihren Abschluß gefunden. Nach der Einigung der Parteien fällte der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, der einen Tarif vorsieht, dessen Sätze ab 1. April Gültigkeit haben. Offiziere und Mannschaften, die am 8. April noch im Dienste ihrer Reederei sind, haben Anspruch auf die durch den Spruch festgesetzten Heuern, beginnend ab 1. Mai, soweit die betreffenden Verbände bis 8. April den Spruch angenommen haben. Die heutige Vollversammlung der freigewerkschaftlich organisierten Seeleute hat dem Schiedsspruch zugestimmt.

Bremen, 5. April. In der gestrigen Bürgerschaftssitzung wollten die Kommunisten bei Beginn der Sitzung ihre Anträge verhandelt wissen, die in der letzten Sitzung infolge Beschlußunfähigkeit des Hauses zurückgestellt werden mußten, und beantragten eine Umstellung des Tagesordnung. Da dieser Antrag abgelehnt wurde, erhob sich auf der kommunistischen Seite ein ohrenbetäubender Lärm. Der Präsident war nicht im Stande, die Ruhe wieder herzustellen und mußte die Sitzung auf 5 Minuten unterbrechen. Da auch nach Wiederaufnahme der Verhandlung die Kommunisten lärmten, beschloß der Präsident, die Sitzung zu schließen.

Paris, 6. April. Die Rheinlandkommission hat, wie aus Koblenz gemeldet wird, beschlossen, das Büro eines gewissen Windsfeder zu schließen, der durch seine Agenten eine antialliierte Propaganda habe durchführen lassen. Außerdem wurde die Broschüre „Internationale Verurteilung des Versailler Vertrages", sowie auf die Dauer von 3 Monaten das Organ der Pfälzischen Partei „Hammer und Schwert" verboten.

Paris, 6. April. Wie aus Le Borget berichtet wird, ist dort heute ein englisches Luftgeschwader von 8 Flugzeugen zum Besuch des französischen Militärluftschiffhafens eingetroffen.

Bari, 7. April. Bei einer Explosion in einer Fabrik in der Pulver für Feuerwerkskörper hergestellt wird, wurden drei Personen getötet und mehrere verwundet.

London, 5. April. Durch schwere Erdbebenstöße, die gestern abend in ganz Derbyshire wahrgenommen wurden, wurde in Southnormanton großer Schaden angerichtet. Die Fensterscheiben und die Schornsteine stürzten ein. Die ganze Bergwerksstadt sieht aus, als wenn sie beschossen worden wäre. Die Bewohner stürzten während des Bebens auf die Straße, da sie eine furchtbare Grubenexplosion vermuteten. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Schulabbau und Religionsunterricht.

Nach einer soeben im Amtsblatt der evang. Oberkirchenbehörde veröffentlichten Bekanntmachung des württ. Kultministeriums haben angesichts der Mehrbelastung, die aus dem Stellenabbau im Schulwesen für die Lehrerschaft erwächst, sich die Oberkirchenbehörden damit einverstanden erklärt, daß an den höheren Schulen die Geistlichen sich noch mehr als bisher am Religionsunterricht auch der unteren Klassen beteiligen und daß für diesen nebenamtlichen Unterricht bis Klasse 5 einschließlich bis auf weiteres besondere Belohnungen nicht mehr in Anspruch genommen werden. Für die evang. Volksschulen ist die Oberkirchenbehörde bereit, unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der bisherigen Vereinbarungen auf Ansuchen der Oberschulbehörde für den Fall, daß der Lehrer sonst allzu stark belastet wäre oder bei ihm durch Uebernahme des Religionsunterrichts besondere Belohnungen für Ueberstunden erwüchsen, die Geistlichen in geschlossenen Gemeinden mit dem Religionsunterricht auch an der Unterklasse zweiklassiger sowie an der Mittelklasse dreiklassiger, nötigenfalls selbst vierklassiger Schulen zu beauftragen. — Aus dem Schulabbau entsteht somit eine Mehrbelastung der Geistlichen, wodurch es entsprechend weniger möglich ist, am Kirchenwesen zu sparen.

Bayerische Landtagswahlen (Teilergebnisse).

München, 6. April. Der Wahltag ist überall ruhig verlaufen. Aus der Stadt München liegen bis abends 9 Uhr noch so gut wie gar keine Resultate vor. Nur aus verschiedenen ober- und niederbayerischen Landeskreisen sind Teilergebnisse bekannt geworden, aus denen mit einiger Sicherheit hervorgeht, daß etwas über die Hälfte der Stimmen für die Bayerische Volkspartei abgegeben wurde, während der Völkische Block etwa ein Viertel der abgegebenen Stimmen erhalten haben dürfte. Besonders hervorzuheben ist das Anwachsen der Stimmen des Völkischen Blocks in den Kreisen Landsberg am Lech, Furth i. Wald und Pfarrkirchen.

Miltenberg, 7. April. Teilergebnisse Bezirk Miltenberg: Sozialdemokraten 665, Kommunisten 375, Deutscher Block (Demokraten) 499, Vereinigte Rechtsparteien 666, Bayerische Volkspartei 4425, Völkischer Block 114, Christlich-sozial (Zentrum) 480, Bauern- und Gewerbe-Liste 214, Beamtengruppe 13.

Aschaffenburg, 7. April. Teilergebnisse: Die Wahl ist ruhig verlaufen, das Resultat wie folgt: Sozialdemokraten 3121, Kommunisten 650, Bayerische Volkspartei 5658, Christlich-sozial (Zentrum) 563, Deutscher Block 872, Völkischer Block 1180, Vereinigte nationale Rechte 1475, Beamtengruppe 505. — Beim Volksentscheid stimmten für Ja 3713, für Nein 4755 Stimmen.

Versäumte Abonnements

auf den „Enztäler"

können bei allen Postanstalten, Agenturen, sowie bei der Geschäftsstelle des „Enztäler" nachgeholt werden.

Erschienene Nummern werden, soweit vorrätig, nachgeliefert.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Koburg, 7. April. Sozialdemokraten 12 630, Völkischer Block 11 836, Heimattreue Koburger 6356.

Bamberg, 7. April. Bayerische Volkspartei 8481, Völkischer Block 7940, Sozialdemokraten 3545, Vereinigte nationale Rechte 757, Deutscher Block 571, Kommunisten 738.

Lohr, 7. April. 1956 Sozialdemokraten, 108 Kommunisten, Demokraten 391, Vereinigte Rechtsparteien 237, Bayerische Volkspartei 4060, Völkischer Block 121, Christlich-sozial 278, Bauern- und Gewerbeliste 187, zersplittert 59.

München-Stadt, 7. April. Vereinigte Sozialdemokraten 16 718, Deutscher Block 26 149, Nationalliberale 759, Demokraten 16 036, Beamtenpartei 87, Deutsche Volkspartei 1343, Christlich-sozial 799, Völkischer Block 37 124, Bayerische Volkspartei 18 029, Bayerische Mittelstandspartei 1026, Bayerischer Bauern- und Mittelstand 37. Bei diesen Ergebnissen sind aber der größte Teil der Frauenstimmbezirke nicht einbegriffen.

Unter Feindesdruck.

Berlin, 5. April. Wie die Blätter von zuständiger Stelle erfahren, herrscht über den Umfang des besetzten Gebietes und über die Zahl der unterdrückten Deutschen, die infolge des Versailler Vertrags und der Ruhrpolitik Poincares unter der französisch-belgischen Fremdherrschaft schmachten, noch immer nicht völlige Klarheit. Es seien deshalb einige Ziffern wiedergegeben, die den Umfang und die Schwere dieser Fremdherrschaft kennzeichnen. Nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 zählt das nach dem Friedensvertrag besetzte Gebiet rund 6 Millionen, das neubesetzte Gebiet (Ruhrgebiet, Düsseldorf, Duisburg) rund 4 Millionen und das Saargebiet rund 700 000 Einwohner. Insgesamt befinden sich also rund 11 Millionen Deutsche unter der Fremdherrschaft. Bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 62 Millionen ist das mehr als der sechste Teil der deutschen Bevölkerung! Die Zahl der Ausgewiesenen beträgt rund 40 000 Haushaltungsvorstände und 80 000 Familienangehörige, insgesamt also rund 120 000 Personen. Zurückgekehrt sind hiervon rund 3000 Haushaltungsvorstände mit rund 6000 Familienangehörigen. Mehr als 110 000 Personen warten also noch auf die Erlaubnis zur Rückkehr. Die Zahl der politischen Gefangenen im besetzten Gebiet wird auch jetzt noch auf etwa 1200 geschätzt. Die Höhe der insgesamt verhängten Freiheits- und Geldstrafen ist kaum zu ermitteln. Nur die Freiheitsstrafen gegen Beamte sind gezählt. Hierbei wurde festgestellt, daß die Franzosen und Belgier seit dem Ruhrkampf gegen Beamte rund 1100 Jahre Freiheitsstrafen und Geldstrafen in Höhe von vielen Hunderttausenden von Goldmark verhängten.

Dr. Stresemann zur politischen Lage.

Kiel, 6. April. In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei sprach gestern Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die politische Lage. Der Minister berührte die gegenwärtigen außenpolitischen Verhandlungen und führte dazu folgendes aus: Der Bericht der Sachverständigen soll an der nächsten Woche erscheinen. Er kommt also noch vor Ablauf der Micum-Verträge an die Oeffentlichkeit. Am Dienstag sollen Verhandlungen zwischen der Micum und den deutschen Industriellen stattfinden. Es ist vor aller Welt klar, daß das Deutsche Reich nicht in der Lage ist, die Finanzierung für die Fortführung der Micumverträge zu übernehmen. Das Gleiche gilt auch für die deutschen Industriellen. Gegenüber den französischen Behauptungen, nach welchen sich die deutschen Industriellen bereit erklärt hätten, die Micumverträge zu verlängern, kann ich versichern, daß die maßgebenden Vertreter der dortigen Industrie es für unmöglich halten, die Verträge beizubehalten. Große englische Banken haben jeden Kredit an deutsche Unternehmungen abgelehnt, solange die Micumverträge bestehen, da sie diese Verträge als Erdrosselungsverträge ansehen, die die Rentabilität, ja auch auf die Dauer jede Existenzmöglichkeit der deutschen Unternehmungen vernichten. Unter diesen Umständen hätte es niemand gewagt, zu versuchen, an Hand der Sachverständigengutachten das Problem der Sachleistungen während des Moratoriums, falls es von den Mächten verlangt worden sollte, zur Grundlage der Währungsfrage zu machen und eine provisorische Lösung der Finanzfrage ebenso zu versuchen, wie für die deutschen Leistungen während des Moratoriums, deren Finanzierung von außen sichergestellt ist. Gewiß kann dem entgegengehalten werden, daß die Sachverständigengutachten solange keine Kraft besäßen, als sie nicht von den Mächten angenommen wären, aber schließlich könnte auch über diese Frage ein provisorisches Abkommen getroffen werden, wenn man den Willen hat, zu einer Gesamtverständigung zu kommen. Pressemeldungen aus englischen Kreisen in Paris sagen, daß man von der Wiederaufnahme des passiven Widerstandes an der Ruhr in Frankreich rede. Wir müssen uns entschieden dagegen verwahren, daß die Unmöglichkeit von Leistungen des Deutschen Reiches, die der französische Ministerpräsident früher selbst anerkannt hat, jetzt zum Ausgangspunkt einer neuen Konstruktion des passiven Widerstandes gemacht werden. Unter dem Vorwand, daß der passive Widerstand noch fortdauere, wurde im vorigen Herbst jede verständige Aussprache über das Reparationsproblem zwischen Frankreich und Deutschland französischerseits vereitelt. Will man, wo die Gutachten der Sachverständigen eine große Diskussion über die endgültige Lösung der Reparationsfrage in die Wege leiten, dasselbe Spiel wieder beginnen? Die Reparationsleistung ist nur möglich, wenn an der Ruhr Friede und Arbeit herrscht. Beginnt aber eine neue Aera von Zwangsmaßnahmen, so ist nicht nur die Atmosphäre für eine Verständigung, sondern auch die wirtschaftliche Grundlage dafür stark gefährdet. Deutschland gab durch den Wunsch direkter Verhandlungen von Staat zu Staat über diese Frage zu erkennen, wie sehr ihm daran liegt, die Grundlage der Verständigung nicht zu zerstören. Die Verantwortung für das Scheitern dieser Bestrebungen würde bei denjenigen liegen, die eine solche Verständigung unmöglich machten. Der „Temps" hat kürzlich die Politik des französischen Ministerpräsidenten gepriesen, der gesagt habe, beginnen müßten wir damit, gute Franzosen zu sein, um gute Europäer zu werden und der als einzigen Wunsch Frankreichs hinstellte, den Respekt vor den bestehenden Verträgen. Poincare hat für seine Politik gute Reden gefunden. Aber man darf wohl fragen, durch welche internationalen Abmachungen die Micumverträge internationale Verträge geworden sind und welche alliierten Nationen bei diesen Verträgen mitgewirkt haben. Man darf weiter fragen, ob Poincare glaubt, daß Europa, auf das er in seinen letzten Erklärungen besonders hinweist, Verträge dafür haben wird, wenn in diesem reichen Wirtschaftsgebiet Europas Kampf und Erbitterung statt Ruhe und Frieden herrschen. Unter Bezugnahme auf die Aeußerungen des französischen Ministerpräsidenten in der französischen Kammer erklärte der Redner ferner, der französische Ministerpräsident habe sich über die Reden des deutschen Außenministers beschwert und sie als ein Zeichen der in Deutschland herrschenden Stimmung geschildert. Dabei ist Poincare anscheinend von irrigen oder tendenziös entstellten Berichten ausgegangen. So ist es eine freie Erfindung, wenn er behauptet, daß der deutsche Außenminister auf das Urteil des Münchener Volksgerichtes eingewirkt und Ludendorff verherrlicht habe. Die Wertschätzung des Feldherrn Ludendorff wird kein Kritiker einer auswärtigen Macht einem deutschen Minister verwehren können. Der Politiker Ludendorff hat sich eine Kritik gefallen lassen müssen, die jeder ertragen muß, der im öffentlichen Leben steht. An dem politischen Ludendorff habe ich in meiner Rede in Hannover eine derbe Kritik geübt. Von einer Beeinflussung des Münchener Gerichtes durch die Reichsregierung zu sprechen, zeugt von einem vollkommenen Mißverstehen der deutschen Verhältnisse. Man will in Frankreich die Aufmerksamkeit der Welt auf extreme deutsche Richtungen lenken, indem man den Begriff Vaterländische Verbände gleichbedeutend erklärt mit bewaffneten Organisationen. Auch gegen diese Irreführung muß ich mich verwahren. Die vaterländischen Organisationen, namentlich auch solche der Jugend, sind in Deutschland besonders zahlreich. Ebenso ist bekannt, daß sie nichts mit Putschabsichten oder geheimer Bewaffnung nach außen zu tun haben. Gegen die wenigen Führer derartiger Organisationen, die mit einem solchen Gedanken spielen, habe ich mich entschieden gewandt und ihre Verantwortungslosigkeit gegeißelt. Des weiteren besprach der Minister die Frage, ob die deutsche Verfassung gegen Erschütterungen im Inneren gesichert sei. Die Verfassung des Deutschen Reiches, so sagte der Minister, sei eine deutsche Angelegenheit. Soweit das Ausland daran interessiert ist, mag ihm das eine gesagt sein, daß nämlich auch diejenigen Parteien, die politisch und programmatisch nicht auf die Republikanische Verfassung eingestellt sind, genügend Verantwortungsgefühl haben, um das Deutsche Reich in dem heutigen schweren Leid der Belastungsprobe innerer Kämpfe zu entziehen. Der Wiederaufbau Deutschlands kann nur auf der Grundlage der heutigen Staatsform erfolgen, weil jeder Versuch einer Aenderung Erschütterungen im Gefolge haben würde, die diesen Aufbau selbst zerstören würden. Die deutsche Volkspartei steht auf dem Boden der Verfassung. Sie will Abänderungen der Verfassung nur auf verfassungsmäßigem Wege betreiben. Wenn aber das Werk der verfassungstreuen Parteien nicht immer wieder aufs Neue erschüttert werden soll, so ist es vor allem wichtig, daß man einer vernünftigen Reparationsleistung zusteuert und Deutschland die Grundlagen wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Selbständigkeit gewährleistet und vor fortgesetzten nationalen Demütigungen und Beleidigungen, wie sie kürzlich von Seiten des französischen Kriegsministers erfolgt sind, begegnet und damit die Ursache beseitigt, die am meisten zur Entwicklung der Extreme in Deutschland mitgewirkt hat, die zum weniger ein Produkt deutscher Auffassung, als ein Produkt der gegen Deutschland entgegen dem Friedensvertrag getriebenen Politik sind. Daß Deutschland den guten Willen besitzt, die erträglichen Leistungen zu einem endgültigen Frieden zu kommen, hat auch der Führer der Deutschnationalen, Hergt, auf dem deutschnationalen Parteitag in Hamburg betont, als er erklärte: Es gibt niemanden in unserer Partei, der nicht in Würdigung des übermächtigen Druckes, unter dem wir stehen, wüßte, daß es schwere Opfer zu bringen gilt. Es gibt auch niemanden, der nicht erträgliche Leistungen darbieten wollte, die sich aus der freien Arbeit eines arbeitsfreudigen Volkes ergäben. — Der Minister erntete für seine Ausführungen stürmischen Beifall der Versammlung, die unter Absingung des Deutschlandliedes auseinanderging.

Stresemanns Urteil.

Paris, 5. April. Der Berliner Berichterstatter der „Chicago Tribune" macht heute Angaben über eine Unterredung die Dr. Singer aus Chicago gestern abend mit dem Außenminister Dr. Stresemann geführt hat. Dr. Singer faßte den Korrespondenten des Blattes gegenüber seinen Eindruck dahin zusammen, daß Dr. Stresemann den Bericht der Sachverständigen sehr pessimistisch beurteilte und daß er den Standpunkt vertrete, daß der Bericht der Sachverständigen allzuweit gehende Schlußfolgerungen hinsichtlich der deutschen Zahlungsfähigkeit aufweise.

Französische Drohung mit dem Diktat.

Im Hinblick auf die Aufnahme der Sachverständigenberichte in Deutschland schreibt der „Temps": Die Reparationskommission habe zunächst die Pflicht, Deutschland Gehör zu gewähren, aber sie sei nicht verpflichtet, in ihrer Arbeit stecken zu bleiben und sie im Stich zu lassen, wenn die Deutschen nicht reden könnten. Im Gegenteil, sie habe die Pflicht, ihre Aufgabe zu vollenden, welche Haltung Deutschland auch einnehmen werde. Selbst wenn die deutsche Regierung es ablehne oder vermeide, sich über die Entschließungen der Sachverständigen auszusprechen, hätte also die Reparationskommission unverzüglich über diesen zu befinden und dann in der vom Friedensvertrag vorgeschriebenen Verfahren die Hauptregierungen damit zu befassen. Der Reichsbankpräsident habe der „Braunschweigischen Landeszeitung" erklärt, daß die deutsche Regierung gegenüber dem Berichte der Sachverständigen volle Handlungsfreiheit beanspruche, wobei er gleichzeitig behauptet, daß bereits nächste Woche die Golddiskontbank in Tätigkeit sein würde. Diese Bank ist aber bekanntlich nur gegründet worden und besteht mit Hilfe umfangreicher Kredite, die die Bank von England und andere englische Kreditinstitute gewähren. Wie ist es möglich, so fragt der „Temps", daß Deutschland so erhebliche Kredite in England erhält, wenn es bis vierten April nicht zu den Entschließungen der Sachverständigen Stellung nimmt, und sie dann, wenn es ihm gutdünkt, zurückweisen will?

Conweiler.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Mittwoch, den 9. April, vormittags 9 Uhr,** kommen im Wege der Zwangsvollstreckung

zwei Läuferschweine

zur Versteigerung. Zusammenkunft beim Rathaus.

Hähle, Gerichtsvollzieher.

Birkenfeld.

Morgen früh wird ab **Bahnhof Birkenfeld** ein **Waggon**

Heu

ausgeladen. Telefonische Anfragen erwünscht.

Josef Hußl, Telefon 5.

Markisendrelle

in versch. Farben, auch imprägniert,

Matratzendrell, Bettbarchent

empfiehlt vorteilhaft

Oskar Burghard

Zerrennerstr. 1—3 **Pforzheim** Telefon 163.

Spezialgeschäft für Gardinen, Möbelstoffe, Teppiche, Vorlagen, Artikel für Innen-Dekoration.

Lungenkranke

ersuchen eine **Kamakur**. Auskunft erteilt **H. Maier**, Homöopath und Naturheilkundiger, Rennfeldstrasse 21, **Pforzheim**, Fernruf 221a.

Forstamt Meistern.

Brenn-, Nutzholz- und Reisig-Verkauf

am **Mittwoch, 9. April 1924** nachm. 5 Uhr, in **Wildbad** im Gasthaus z. „Wilden Mann" aus Staatswald I Meistern Abtl. 2 Auchhalde 7 Rm. Papierholz, 4 Rm. Nadelholz Abbruch (zu Papierholz geeignet). 26 Rm. Nadelholz Brennholz, 2 Rm. Buchen-Brennholz; ferner aus Abtl. 2, 3, 12, 13, 15 bis 25, 28 bis 30, zus. 6400 geschätzte Wellen.

Forstamt Liebenzell.

Laubstammholz-Verkauf.

Am **Freitag, den 11. ds Mts.**, mittags 12 Uhr, werden aus dem Staatswald **sämtlicher** Huten das in Schlägen angefallene **Laubstammholz:** 60 **Eichen** mit Fm.: 1,57 III., b 4,32 IV., 7,91 V. und 3,92 VI. Klasse und 35 **Rotbuchen** mit Fm.: 2,22 II., b, 3,36 IIIa, 5,02 IIIb, 10,76 IV. und 2,99 V. Klasse im Aufstreich verkauft im Gasthof z. „Lamm" in **Liebenzell**. Registerauszüge auf Wunsch vom Forstamt.

500–1000 Mark

gegen gute Sicherheit und hohem Zins gesucht.

Angebote an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Herrenalb, den 5. April 1924.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres treubesorgten Gatten und Vaters

Jakob Rothfuß, Bahnarbeiter,

die uns aus nah und fern zugingen, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, den erhebenden Gesang unter Leitung von Herrn Oberlehrer Müller, für die ehrenden Nachrufe und Kranzniederlegungen des Herrn A. Hauber vom Militär- und Kriegerverein, Herrn Bahnmeister Hölzle von sämtlichen Kollegien den Albtalbahn, Herrn Werner für den deutschen Verkehrsbund, für die sonstigen Blumen- und Kranzspenden, die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte sagen auf diesem Wege herzlichen Dank!

die tieftrauernde Gattin: **Marie Rothfuß mit ihren Kindern.**

Neuenbürg.

Ich empfehle mich in sämtlichen

Haar-Arbeiten,

auch werden **getragene Zöpfe und Schlicke aufgefärbt und umgearbeitet** zu billigsten Preisen.

Luise Metzl, Damenfrisiergeschäft.

Herrenalb.

Wir suchen bei sofortigem oder späterem Eintritt einen tüchtigen, nüchternen

Fahrknecht.

Wohnung und Verpflegung im Hause.

Karl Senfer, A.-G., Dampfsägewerk.

Verloren

ging auf dem Wege vom Schwann nach dem Krankenhaus ein **Uhrenanhänger** (Hirschkrone). Um Rückgabe gegen Belohnung in der „Enztäler"-Geschäftsstelle wird gebeten.

Unterlengenhardt.

Zugelaufen

ist mir am Freitag abend ein **weißes Hammelschaf** mit kleiner Bezeichnung; der rechtmäßige Eigentümer kann dasselbe abholen gegen Einrückungsgebühr und Futterkosten innerhalb 2 Tagen von Ausgabe des Blattes an.

Joh. Michael Kappler, Landwirt.

Feldrennach.

Einen bereits neuen

Herd,

sowie ein starkes

Läuferschwein

verkauft

Schönthaler zum „Adler".

Höfen a. E.

Sehr schöne

Kalbin,

32 Wochen trächtig, sowie ein

Läuferschwein

hat zu verkaufen

Wilh. Bodamer, Fleischbeschauer.